

9./10. 1918

1

L 70000
 37
 1918
 9./i. - 10./xi.
 Appr. K.
 Kohlen

Die Beteiligung der Gemeinde Wien an dem Dzediger Kohlenwerk] Heute liegt der Bericht des Magistrats über die Anträge wegen Beteiligung der Gemeinde Wien am Dzediger Kohlenwerk vor. Der Bericht teilt mit, daß die Allgemeine Depositenbank im Jahre 1916, nachdem sie den größten Teil der Auzer der Dzediger Montangewerkschaft in ihren Besitz gebracht hatte, wegen einer eventuellen Beteiligung an dieser Gewerkschaft mit der Gemeinde in Fällung getreten sei, derart, daß die Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft verwandelt wird und die Gemeinde die Mehrheit der Aktien erwerben soll. Der Kohlenbedarf der Gemeindeverwaltung und der städtischen Unternehmungen beträgt rund 1.100.000 Tonnen jährlich, wovon der größte Teil auf den Verbrauch der städtischen Gaswerke entfällt. In dem Kohlenerrain der Dzediger Montangewerkschaft wurde das Vorkommen von Gasohle durch Bohrungen bereits festgestellt. Das in Oesterreichisch-Schlesien gelegene Kohlenbergwerk könne als Fortsetzung des oberschlesischen Kohlenbergwerks bezeichnet werden; schon in den oberen Schichten sei die Kohle gleichwertig preussisch-schlesischen Mittelmarken, in den tieferen Schichten werde sich die Qualität der Kohle jedoch wesentlich bessern. Nach dem Gutachten der Sachleute können die Anlagen derart ausgebaut werden, daß die Förderung 1.500.000 bis 2 Millionen Tonnen jährlich beitragen wird, wodurch neben der Deckung des eigenen Bedarfes auch ein ganz bedeutender Teil des Kohlenbedarfes der Bevölkerung sichergestellt wäre. Nach der Erschließung der tiefer gelegenen Schichten, welche Arbeiten allerdings einige Jahre in Anspruch nehmen werden, werde bei der von den Sachmännern konstatierten Mächtigkeit der Kohlenflöze so viel gefördert werden können, daß der Bedarf der Gemeinde auf Jahrhunderte hinaus als gesichert bezeichnet werden kann. Die Kosten des Erwerbes der Dzediger Montangewerkschaft stellen sich auf 19,5 Millionen Kronen, wovon die Gemeinde mit 60 Prozent beteiligt ist. In den nächsten Jahren werden noch größere Beträge investiert werden müssen. Die Deckung der erforderlichen Kosten werde in dem Ansehen vom Jahre 1908 gefunden werden, in dessen Investitionsprogramm schon ein namhafter Betrag für die Erwerbung eines Kohlenbergbaues eingesetzt war. Zur Vorbereitung und Ueberprüfung der ganzen Angelegenheit hat der Stadtrat im November des Vorjahres ein Komitee eingesetzt, welches durch wiederholte Verhandlungen nicht nur den Uebernahmepreis der Gewerkschaft um mehrere Millionen Kronen ermäßigt, sondern auch jene Sicherungen geschaffen hat, durch welche die Interessen der Gemeinde in jeder Beziehung gewahrt werden. Ueber diese Angelegenheit erstattete Stadtrat Schmid in der heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters

Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung ein eingehendes Referat. Das Uebereinkommen wurde vom Stadtrat einstimmig genehmigt.